A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Saucrsche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 130 — Sonnabend, den 31. Oktober 1931. — 44. Jahrgang

Der Wirtschaftsbeirat tagt.

Ansprache des Reichspräsidenten.

Berlin, 30. Oktober.

Im Hause des Reichspräsidenten fand die erste Sitzung des vom Reichspräsidenten berufenen Wirtschaftsbeirats statt, zu der sich außer den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats der Reichskanzler und die Reichsminister, ferner der Reichsbankpräsident und der Generaldirektor der Reichsbahn eingefunden hatten. Reichspräsident von Hindenburg empfing die Erschienenen im Großen Saale des Präsidentenhauses und begrüßte sie mit einer Ansprache, in der er unter anderem sagte:

„Die schwere Krise der Weltwirtschaft und Deutschlands besondere wirtschaftliche Bedrängnis erfüllen alle Schichten unserer Bevölkerung mit banger Sorge. Sie rütteln an den Grundpfeilern des wechselseitigen Vertrauens und erschüttern die Zuversicht in die Erhaltung der Unterlagen unserer Volkswirtschaft.

Ich habe nach Vorschlägen der Reichsregierung aus führenden Persönlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens, aus den großen Wirtschaftsgruppen von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Kleingewerbe, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Wirtschaftsbeirat zusammenberufen und Sie, meine Herren, heute zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung zu mir geladen, um der Reichsregierung bei ihren Bemühungen um einen Weg zu helfen, auf dem die wirtschaftliche und soziale Not des deutschen Volkes zum Besseren gewendet werden kann.

Niemand von Ihnen wird verkennen, in welchem Maße die Lage Deutschlands durch weltpolitische und weltwirtschaftliche Umstände bestimmt wird. Hier liegen die schweren und großen Aufgaben der deutschen Außenpolitik.

Von Ihnen aber erwarte ich, daß Sie sich mit mir und mit der Reichsregierung von dem unbeugsamen Willen beseelen lassen, wie auch immer die Entwicklung der Welt sein mag, aus der eigenen Kraft Deutschlands heraus von unserem Volke abzuwenden, was eigenes Handeln nur irgend abzuwenden vermag.

Nur das Bewußtsein solcher Pflichterfüllung und äußerster Kraftanstrengung wird unser Volk befähigen, in innerer Verbundenheit und mit nationaler Würde das zu tragen, was sich an seinem Schicksal als unabwendbar erweist. Ich erhoffe als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wirtschaftlicher Sachverständiger und der Reichsregierung einen Ausgleich wirtschafts- und sozialpolitischer Gegensätze und eine Besserung der deutschen Wirtschaftsnot.

Wenn diese schwere Aufgabe gelöst werden soll, darf jeder von Ihnen sich nur der Gesamtheit des deutschen Volkes und dem eigenen Gewissen verantwortlich fühlen, muß sich jeder innerlich loslösen von Gedanken an Gruppeninteressen und an Einzelrücksichten.

Wenn das deutsche Volk durch die wirtschaftlichen und moralischen Wirrnisse und die Gefahren innerer Zersetzung hindurch zu besserer Zukunft gelangen soll, so ist hierfür Voraussetzung, daß die Führer der Wirtschaft zusammen mit der Reichsregierung einen klaren und zielsicheren Weg gehen."

Der Reichspräsident eröffnete dann im Sitzungssaale die erste gemeinsame Sitzung des Wirtschaftsbeirats und der Reichsregierung und erteilte zunächst dem Reichskanzler Dr. Brüning das Wort. Der Reichskanzler legte in längeren Ausführungen die wirtschaftliche Lage und die zur Besserung der Wirtschaftsnot in Frage kommenden Möglichkeiten dar. Hieran schlossen sich ergänzende Darlegungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold und des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther an. Alsdann begann die allgemeine Aussprache.

Verständigung für die Notzeit.

Die Beratungen des Wirtschaftsbeirats.

Berlin, 30. Oktober.

Der Wirtschaftsbeirat setzt in den Vormittagsstunden des heutigen Freitags seine Beratungen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fort. Man hofft in dieser Sitzung zu Formulierungen zu gelangen, da sich in der Aussprache trotz der natürlichen Gegensätzlichkeit der verschiedenen Berufsvertreter ein erfreuliches Verständnis für die Forderungen der gegenwärtigen Notzeit gezeigt hat. Der eindringlichste Appell des Reichspräsidenten an das Verantwortungsgefühl der Mitglieder hat offenbar einen sehr starken Eindruck gemacht. — Die gestrige Nachmittagssitzung dauerte zwei Stunden. Der heutigen Plenarsitzung geht eine Fühlungnahme der verschiedenen Gruppen voraus.

Rückkehr Brauns.

Um die Wiederbesetzung des Finanzministeriums.

Berlin, 30. Oktober.

In der heutigen Sitzung des preußischen Staatsministeriums wird Staatssekretär Schleußner vom Finanzministerium einen Vortrag darüber halten, ob es technisch möglich sei, den preußischen Staatshaushalt für 1932 schon im Dezember an den Staatsrat gelangen zu lassen entgegen der ursprünglichen Absicht, den Haushaltsplan erst im Februar vorzulegen.

Diese Sitzung des Preußenkabinetts wird zum ersten Male nach seiner Erkrankung wieder Ministerpräsident Dr. Braun leiten, der in Berlin zurückerwartet wird.

Die Nachrichten über die Benennung eines neuen preußischen Finanzministers, die u. a. den Namen des sozialdemokratischen Abgeordneten Szillat sowie die Kombination meldeten, daß Wohlfahrtsminister Hirtsiefer die Finanzen übernehmen sollte, während das Wohlfahrtsministerium mit dem Handelsministerium unter Leitung Dr. Schreibers zu verschmelzen sei, werden an maßgebender Stelle als Vermutungen bezeichnet. Der Ministerpräsident sei sich über diese Angelegenheit noch nicht schlüssig geworden.

Die Wiederbetrauung Dr. Höpker-Aschoffs sei etwas erschwert worden durch die Hagener Rede des früheren Finanzministers, die eine gewisse Opposition im Zentrum gegen ihn ausgelöst habe, weil er sein Ministerium als das sauberste bezeichnet habe, das frei von Krippenwirtschaft geblieben sei.

Eine internationale Kreditanstalt.

Ein Vorschlag des Belgiers Francqui.

Paris, 30. Oktober.

Der belgische Finanzminister Francqui soll erklärt haben, daß er Befürchtungen wegen der Erneuerung der im Februar 1932 fälligen, in Deutschland eingefrorenen Kredite habe, und habe im Anschluß daran seine Pläne über Schaffung einer internationalen Kreditanstalt entsprechend der Internationalen Zahlungsbank, und zwar mit Unterstützung der Emissionsbanken von Europa, Amerika und Japan entwickelt.

Nur so könnten die in Deutschland und auch anderwärts eingefrorenen kurzfristigen Kredite in langfristige (3—5jährige) umgewandelt werden, und zwar auf dem Wege der Diskontierung.

Die neue Bank würde also die Aufgabe haben, die große internationale Kreditoperation zu zentralisieren und zu kontrollieren. Wie der Sonderberichterstatter des „Matin" hierzu schreibt, hat Francqui mit seinen Vorschlägen in den zuständigen amerikanischen Kreisen und namentlich bei Präsident Hoover selbst günstige Aufnahme gefunden. Es sei aber eine vorherige Verständigung mit Paris vorgesehen. Francqui habe mit Laval für Anfang November in Paris eine Begegnung zur Überprüfung seines Vorschlages verabredet.

Die amerikanischen Regierungskreise erklären, daß eine Aeußerung zu Francquis Plan nicht erfolgen könne, solange nicht entschieden sei, wo die Kontrolle dieser Anstalt ausgeübt werden solle.

Dagegen wird die Dringlichkeit der Frage allgemein zugegeben, namentlich im Gegensatz zu der Reparationsfrage, für deren Erledigung noch acht Monate verblieben, während die Kreditfrage bis Februar erledigt werden müsse.

Erklärungen Lavals.

Vollständige deutsch-französische Annäherung.

Paris, 29. Oktober.

Ministerpräsident Laval hat an Bord der „Isle-de-France" erklärt: **Ich werde dem Parlament über alles Bericht erstatten.**

Ich werde alsdann die Ansicht meiner Ministerkollegen über einen Plan zur Konzentrierung der Bemühungen zwecks vollständiger deutsch-französischer Annäherung einholen.

Die dringlichste Aufgabe ist, das Vertrauen wiederherzustellen, das selber nur auf einer wirtschaftlichen Entente beruhen kann. Ich habe Präsident Hoover und Senator Borah gesagt und glaube, sie überzeugt zu haben, daß Frankreich, wenn es sich selbst überlassen ist, die erwartete Annäherung durchführen kann.

Ministerpräsident Laval soll nach der gleichen Meldung auch Präsident Hoover und Senator Borah eingeladen haben, nach Frankreich zu kommen, doch seien diese nicht sicher, die Einladung annehmen zu können.

Erst Verständigung mit Frankreich.

Neuyork, 30. Oktober.

Thomas Lamont, der Mitinhaber der J. P. Morgan-Bank, äußert in einer Besprechung des Buches von Schacht: „Das Ende der Reparationen" über die Reparationsfrage im einzelnen:

In diesen Tagen müssen wir Realisten sein und das Tatsächliche der Lage Deutschlands erfassen, ohne durch Versuche der Schuldzuschiebung beeinflußt zu werden.

Während der Krise, die Deutschland durchmacht, kann kein sogenannter Sachverständiger damit beginnen, Zahlen festzusetzen. Nur Deutsche und Franzosen allein können schließlich zu dieser Festsetzung gelangen. Sollten bei einer solchen ausführbaren Verständigung die führenden Nationen Europas weiterer amerikanischer Mitarbeit bedürfen, so sollen sie diese erhalten, vorausgesetzt, daß ihre Forderungen vernünftig sind.

Vor allem müßten Deutschland und Frankreich sich von ihren Zwangsvorstellungen befreien; und zwar Frankreich von seiner Kriegsfurcht und Deutschland von seiner Befürchtung, daß Frankreich seinen wirtschaftlichen Untergang wolle.

Offenbar sehe man dies auch in Deutschland ein und erstrebe eine Verständigung mit Frankreich. Aus den Aeußerungen jedoch, die nach Bekanntgabe des Hoover-Planes aus Deutschland kamen, habe man den Eindruck gewinnen können, daß in Deutschland die Auffassung herrsche, Hoover billige Deutschlands allgemeine und Finanzpolitik und tadele Frankreich.

Es wäre auf deutscher Seite der denkbar größte Fehler, derartige unrichtige Anschauungen zu hegen.

Lamont kritisiert dann scharf die allgemeine Hochschutzzollpolitik, wozu der Zolltarif der Vereinigten Staaten allerdings stark beigetragen habe. Das amerikanische Volk müsse einsehen, daß unter seinem Tarif keine Anleihepolitik großen Stils möglich sei, und daß es auf solche Weise niemals andere Nationen zwingen könne, amerikanische Waren zu kaufen.

„Frankreich wird verkannt!"

Paris, 30. Oktober.

Der sozialistische Abgeordnete Paul-Boncour führte in einer Rede aus, die Welt sei durch die Krisen erschüttert.

Eine ungeheure Anstrengung zum Aufbau, zur Solidarität und zum Vertrauen sei notwendig. Wolle Frankreich sich daran beteiligen? Weshalb verkenne man Frankreich, weshalb suche man es zu isolieren? Denn Frankreich werde tatsächlich verkannt, und zwar sogar in seinen Absichten.

Es werde verkannt, weil es die Sicherheit suche, nicht für sich allein, sondern für alle, weil es vom Fortschritt der Sicherheit die Herabsetzung der Rüstungen abhängig machen wolle; Frankreich hoffe auf eine Herabsetzung der Rüstungen, um die überlasteten Steuerzahler zu entlasten. Frankreich verstehe unter Frieden einen organisierten und sanktionierten Frieden.

Türkisch-russische Freundschaft.

Verlängerung des Vertrages.

Angora, 30. Oktober.

Zu Ehren des sowjetrussischen Volkskommissars des Aeußern Litwinow wurde vom türkischen Außenminister ein Essen gegeben, wobei zwischen beiden Ministern Trinksprüche gewechselt wurden.

Tewfik Ruschdi Bei

betonte, daß die Türkei und die Sowjetunion in ihrer auswärtigen Politik die gleichen, einzig und allein auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Ziele verfolgten. Der Besuch Litwinows gebe die glückliche Gelegenheit, den Freundschafts- und Neutralitätsvertrag vom 17. Dezember 1925 samt Anhängen zu verlängern.

Litwinow

wies in seiner Erwiderung gleichfalls auf die gemeinsame Arbeit beider Regierungen für den allgemeinen Frieden hin und erklärte, es bedeute eine außerordentliche Freude für ihn, die Verlängerung des bereits bestehenden Vertrages zu bestätigen.

Ausdehnung der japanischen Besatzung?

Neue Reibungen mit Rußland.

Tokio, 30. Oktober.

Infolge der zunehmenden Aktivität chinesischer Banden und Soldaten wird in der Presse eine weitere Erschwerung der Lage in der Mandschurei befürchtet.

Man spricht davon, daß die Entsendung japanischer Truppen möglicherweise bis Tschinschau, Teitshihar und Charbin entlang der Mukden—Peking-Bahn, der Ostchinesischen Bahn und der Tschenschiatun—Taonan—Tsitsihar-Bahnlinie nicht zu vermeiden sein wird, zumal für die letztgenannte Linie die Mukden-Behörden der Südmandschurischen Bahngesellschaft über 16 Millionen Yen schulden und chinesische Soldaten bereits angefangen haben, Schienen und Brücken zu zerstören.

Die Presse spricht die Hoffnung aus, Moskau werde in den Maßnahmen Japans nicht einen Verstoß gegen russische Interessen vermuten, sondern im Gegenteil alles tun, um die japanische Besorgnis wegen des von China offenbar angestrebten Zusammengehens mit Rußland gegen Japan als Ersatz für die Völkerbundshilfe zu beseitigen. Mit diesem neuen japanischen Aktionsprogramm steht offenbar auch der in Moskau unternommene japanische Schritt wegen russischer Truppenzusammenziehungen an der mandschurischen Grenze in Zusammenhang.

Kürzere Dienstzeit in Serbien.

Ein neues Militärgesetz.

Belgrad, 30. Oktober.

Ein neues Militärgesetz wurde in Serbien veröffentlicht, durch das die bisherigen Bestimmungen über die Dienstzeit abgeändert werden. Wer ein Examen an einer Hochschule, einem Gymnasium oder einer Spezialschule bestanden hat, braucht nur neun Monate zu dienen, wenn er vor Ablauf dieser Zeit die Reserveoffiziersprüfung bestanden hat. Besteht er die Prüfung nicht, so muß er wie die anderen Mannschaften vierzehn Monate dienen. Zöglinge eines Gymnasiums, die kein Abschlußexamen gemacht haben, brauchen ebenfalls nur nun Monate zu dienen, müssen aber vor Ablauf dieser Zeit eine Reserveunteroffiziersprüfung ablegen. Seminaristen und Priester dienen sechs Monate lang in den Sanitätsformationen.

Für die übrigen Mannschaften, ausgenommen diejenigen, die Ernährer ihrer Familie sind und deshalb ebenfalls nur neun Monate dienen, dauert die Dienstzeit vierzehn Monate statt wie bisher achtzehn Monate. Das neue Militärgesetz bringt ferner eine neue Skala für die Gehälter der Offiziere und Militärbeamten sowie abgeänderte Beförderungsbedingungen für beide Kategorien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311031-10/fragment/page=0001

Deutsche Tagesschau.

Gleichstellung aller Schulamtsbewerber.

Durch Erlaß vom 30. September d. J. ist angeordnet worden, daß Schulamtsbewerber aus Pädagogischen Akademien der Prüfungsjahrgänge 1928 bis 1930 nach ihren Jahrgängen in die Bewerberliste einzureihen und wie die übrigen Schulamtsbewerber zu behandeln sind. Nur für die zu Ostern 1931 aus den Pädagogischen Akademien entlassenen Bewerber, die zu ihrer berufspraktischen Fortbildung an Volksschulen beschäftigt werden, soll es bis Ostern 1932 bei der getroffenen Regelung verbleiben, da es pädagogisch nicht vertretbar wäre, die begonnene berufspraktische Fortbildung vorzeitig abzubrechen.

Vorbesprechungen zu den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 30. Oktober. Vertreter der deutschen und der französischen Regierung führten Vorbesprechungen über das Programm der deutsch-französischen Wirtschaftskommission Die Kommission wird vier Unterkommissionen bilden. Di deutschen und französischen Präsidenten und Generalsekretäre der Kommission sowie die Präsidenten der Unterkommissionen werden sich während der zweiten Novemberwoch in Paris zu einem ersten Gedankenaustausch versammeln um die Arbeiten auf die Unterkommissionen zu verteilen die dann ihre Tätigkeit alsbald aufnehmen werden.

Ausprägung neuer Silbermünzen.

Berlin, 30. Oktober. Der Reichsrat genehmigte zwei Vorlagen über die Ausprägung neuer Reichssilbermünzen Es handelt sich um die Ausprägung von Zweimarkstücken für zusammen 30 Millionen Mark und von Dreimarkstücken für zusamen 90 Millionen Mark. Insgesamt werden als 45 Millionen Stück neue Silbermünzen im Gesamtwert von 120 Millionen Mark ausgeprägt.

Kürzung der Reichsarbeiterlöhne.

Schiedsspruch im Lohnkonflikt der Reichsverwaltung.

Berlin, 30. Oktober.

Im Lohnstreit der Arbeiter bei den Reichsverwaltungen — mit Ausnahme der Reichspost — wurde ein Schiedsspruch gefällt. Die Neuregelung tritt am 1. November in Kraft und ist erstmalig kündbar zum 31. März 1932.

Die Auswirkung des Schiedsspruches ist die, daß unter Berücksichtigung der Ortslohnzulagen eine Senkung der einzelnen Lohnsätze um 2 bis 6 Pfennig eintritt. Die Gesamtlohnsenkung beträgt im Durchschnitt 4½ Prozent. Die Erklärungsfrist läuft bis Dienstag, den 30. November, mittags 12 Uhr.

Schlichtungsverfahren für die Gemeindearbeiter.

Berlin, 30. Oktober. Unter dem Vorsitz des Stettiner Schlichters, des Regierungsdirektors Dr. Friedländer, beginnt am heutigen Freitag im Reichsarbeitsministerium das Schlichtungsverfahren im Lohnstreit zwischen der Kommunalverwaltung und den Gemeindearbeitern.

Staatsrat und Sparverordnung.

Berlin, 30. Oktober. Der Preußische Staatsrat stimmte einem Antrag zu, nach dem die preußische Sparverordnung mit ihren Durchführungsbestimmungen vor Erlaß dem Staatsrat hätte vorgelegt werden müssen. Als klärungsbedürftig wurden bezeichnet: der Zeitpunkt des Inkrafttretens sowie die Bestimmungen über die Ruhegehaltsempfänger, die Nebenbeschäftigung und die Ausgleichszulagen. Ferner lehnte der Staatsrat einstimmig die Regierungsvorlage über die Verkleinerung des Staatsrates um ein Drittel ab.

Besprechungen Hitlers mit General von Schleicher.

Zu Blättermeldungen über Besprechungen Hitlers mit dem Leiter des Ministeramtes im Reichswehrministerium, General von Schleicher, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß tatsächlich zwei Unterredungen stattgefunden haben. Diese dienten allein dem Zweck, angebliche Zersetzungsabsichten der Nationalsozialisten in der Reichswehr zu erörtern. Hitler habe dabei den Nachweis geführt, daß derartige Absichten in der NSDAP. nicht bestanden haben und auch nicht bestehen, und er hat ausdrücklich versichert, daß er jeden aus der Partei ausschließen werde, der etwa derartige Tendenzen verfolge.

Auslands-Rundschau.

Betriebseinstellung bei der Königshütte.

Trotz aller Proteste der Belegschaft und der Intervention des Magistrats der Stadt Königshütte (Polnisch-Oberschlesien) sieht sich die Verwaltung der Königshütte gezwungen, eine Abteilung nach der anderen zu schließen. Die Waggonfabrik hat vor kurzem 125 Arbeiter entlassen, und die Entlassung von weiteren 100 Arbeitern erfolge jetzt, während die noch verbleibenden 25 Arbeiter zum 1. Dezember 1931 entlassen werden.

Gerüchte über die österreichische Bundesbahn.

Die im Ausland in tendenziöser Weise verbreitete Nachricht über finanzielle Schwierigkeiten der österreichischen Bundesbahn und über den Verkauf oder über die Verwaltung der österreichischen Bundesbahn entbehrt jedweder Grundlage. Gegen die Personen, die sich anmaßen, diesbezügliche Aufträge oder Vollmachten zu besitzen, wird die Leitung der österreichischen Bundesbahn gerichtliche Schritte unternehmen.

Der 9. Jahrestag des Marsches auf Rom.

Der 9. Jahrestag des faschistischen Marsches auf Rom wurde als Nationalfest in ganz Italien durch die Einweihung zahlreicher gemeinnütziger Einrichtungen gefeiert. In Rom wurden in Anwesenheit Mussolinis zwei neue Schulen, das neue Gebäude des Luftfahrtministeriums und das Statistische Landesinstitut eröffnet. Außerdem wurden in der Hauptstadt eine Reihe von sozialen Institutionen eingeweiht und Erweiterungen der Denkmalszonen der Oeffentlichkeit übergeben.

Boykottierung japanischer Waren.

Nach Meldungen aus Niederländisch-Indien häufen sich dort die Fälle von Boykottierung japanischer Waren durch die chinesische Bevölkerung. Zahlreiche chinesische Händler haben ihre bei japanischen Firmen untergebrachten Aufträge wieder zurückgezogen. Einige japanische Firmen sollen gegen dieses Vorgehen Zivilklage angestrengt haben.

Kleine politische Meldungen.

Schiedsspruch für die Kölner Metallindustrie. Der Schlichtungsausschuß für die Kölner Metallindustrie fällte einen Schiedsspruch. Der Lohn des Standardarbeiters ermäßigt sich hiernach ab 1. November von 85 auf 80 Pfennig.

Hamburger Hafenarbeiter gegen Lohnschiedsspruch. Der Schiedsspruch für die Lohnregelung im Hamburger Hafen ist bei der Urabstimmung von den Hafenarbeitern mit einer Mehrheit von 85 Prozent abgelehnt worden.

Keine französischen Getreidebestellungen in Amerika. Eine amerikanische Meldung, nach der angeblich die französische Regierung oder private französische Importeure in Amerika Getreidelieferungen bestellt hätten, wird in Paris energisch dementiert.

Aus der Umgegend

Nebra, 30. Oktober.

Reformationsfest.

„Prüfet alles, und das Gute behaltet!" In diesem Apostelwort lebt protestantischer Geist, dieses Pauluswort proklamiert ein gut protestantisches Recht, das Recht freier, eigener Prüfung. Es proklamiert aber zugleich auch eine heilige, evangelische Pflicht, die Pflicht, das Gute zu behalten. Beides hängt eng und innerlich zusammen. Das Recht zu prüfen, dem eigenen Gewissen zu folgen, nach einer selbständigen Ueberzeugung zu ringen, hat nur insofern Sinn, als man auch allen Ernstes entschlossen ist, der Wahrheit die Ehre zu geben, und für das, was sich dem Gewissen als gut bezeugt, einzutreten. Und umgekehrt wird ein Mensch mit gesundem geistigen Leben die Pflicht, das Gute in sich aufzunehmen, erst dann freudig erfüllen können, wenn er es nicht nur auf fremdes Geheiß tut, sondern wenn sich das Gute ihm selbst als Gutes bezeugt und ihn innerlich überwindet.

Alles Erzwungene und Treibhausmäßige ist kein widerstandsfähiges Gutes, das wirklich Gute wächst in der Luft der Freiheit. Diese Freiheit hat die Reformation der evangelischen Christenheit erobert, das an Gott gebundene Gewissen unseres Dr. Martin Luther hat sie uns erkämpft. Aus siegesgewissem Glauben heraus sprach Paulus: Prüfet alles! Aus einem großen starken Vertrauen zur Wahrheit unseres Glaubens, zur Kraft des Evangeliums Jesu, legte unser Reformator seinem Volke Gottes Wort in seiner Muttersprache in die Hand.

„Prüfet alles, und das Gute behaltet!" Im Recht liegt eine Pflicht. Das Ziel alles Prüfens bleibt: Das Gute. Den Begriff des Guten aber holen wir als evangelische Christen aus unserer Bibel, bei Jesus An ihm und seinem Worte haben die Reformatoren die Kirche ihrer Zeit gemessen. Was vor ihm bestand, was mit seinem Geist und Wesen sich zu vertragen schien, das haben sie, auch wenn es menschliche Einrichtungen waren, behalten als irdene Gefäße für den himmlischen Schatz. Was aber seinem Geist und Wesen widersprach, das haben sie mit herzhaftem Sinn und starkem Arm hinausgestellt, und die Jahrhunderte danken es ihnen. So wurde Luft und Licht für das Evangelium Jesu. Und evangelisch sein, ihres Erbes wert sein, in ihrem Geiste weiterbauen, heißt, die Dinge und die Menschen auch so an Jesus messen und von ihm aus beurteilen. Diese Art der Prüfung ist Pflicht jedes evangelischen Christen.

Wenn wir am Reformationssonntage gleichsam den Geburtstag unserer Kirche feiern, dann wollen wir nicht vergessen, daß zumeist durch ihre Arbeit in Rede und Schrift, in Predigt und Unterweisung, in Seelsorge und Liebestätigkeit unter unserem Volk der höchste Begriff des Guten wach und lebendig erhalten wird, der Begriff des Guten, der an Jesus gewonnen wird, und wollen uns darum unserer evangelischen Kirche von ganzem Herzen freuen. Aber auch die Pflicht, das Gute zu behalten, Gottes Wort gewissenhafter zu benützen, Gottes Willen getreulicher zu erfüllen, legt sich an einem Tage wie diesem den Gliedern der evangelischen Kirche mit besonderem Ernst auf das Gewissen.

Kirchliches. Schon jetzt wird darauf hingewiesen, daß, so Gott will, am 1. Advent (29. Nov.) wieder ein kirchlicher Familien-Abend in der bekannten Weise abgehalten werden soll. Es wird gebeten, im Interesse der Teilnahme möglichst weiter Kreise der Gemeinde den Abend von anderen Veranstaltungen freizuhalten.

— Versammlung des Bürgervereins. Vom Vorstande des hiesigen Bürgervereins wird nochmals darauf hingewiesen, daß heute (Sonnabend) abend, 8 Uhr, eine Versammlung des Bürgervereins im „Weißen Roß" stattfindet. Die Versammlung des Schweineversicherungsvereins Nebra, die ebenfalls heute abend stattfinden sollte, ist dagegen um 8 Tage verlegt worden. Sie findet also erst am Sonnabend, dem 7. November, statt, um allen denjenigen Bürgern, die Mitglieder von beiden Vereinen sind, die Möglichkeit zu geben, an den beiden Versammlungen teilzunehmen.

— Stadt-Lichtspiele. Ein Großtag in unserem Kino ist der kommende Sonntag. Der Spielleitung wurde es möglich, den überall mit unbeschreiblicher Begeisterung aufgenommenen Felix Bressart-Ton-Film: **„Der Schrecken der Garnison"** zu einer Vorstellung zu erlangen. In diesem hervorragenden Film hat der überall gefeierte Künstler entschieden sein Bestes hergegeben. Felix Bressart ist ein Unikum auf der Bühne, wer ihn nur sieht, muß lachen, ob er will oder nicht. Diesmal spielt der Künstler in einer kleinen Garnison bald als Infanterist, bald als Kavallerist, er richtet überall in der Truppe, die von ihm beglückt wird, nichts als Unheil und Verwirrung an. Wenn ein Truppenteil die Gunst höherer Vorgesetzter verloren hatte, wurde ihm Kulicke alias Bressart zugewiesen. So dumm wie er sich auch stellt, am Schluß hat er doch Glück und erwarb sich damit eine Frau. — Der zweite Film führt den Zuschauer nach dem zum großen Teil noch unerforschten Feuerland. Ueber riesigen Gletschermassiven sind die Aufnahmen aufgenommen und die über diesen Film geschriebenen Kritiken lauten überaus günstig. „Hut ab vor deutschem Forschergeist", so wird man auch hier bei uns sagen.

— Im Ratskeller veranstaltet am Sonntag der Naumburger Bandonion-Klub sein diesjähriges Wintervergnügen. Der Klub hat durch seine geselligen Veranstaltungen sich hier viel Freunde erworben, die gewiß auch diesmal gern bei ihm zugast sein werden.

— Schweizerhaus Bitzenburg. Herr Wirthmann hat seinen neuen Saal, der bei den verschiedensten Veranstaltungen sich bewährt und als nützlich erwiesen hat, nunmehr auch durch Künstlerhände mit einer prächtigen Innenausstattung bereichert. Dieser nun so reich geschmückte Musentempel soll am kommenden Sonntag dem Verkehr übergeben werden. Nachmittags wird die Stadtkapelle Nebra konzertieren, ein flotter Dielenbetrieb soll sich dem Konzert anreihen und für abends ist großer Ball angesagt. Der überaus unternehmungstüchtige, für Fortschritt begeisterte Herr Wirthmann wird zu diesem Fest, das wiederum ein großer Tag in der Geschichte seines Gasthofs sein soll, auf das leibliche Wohl seiner Gäste durch gute Bewirtung ganz besonders bedacht sein.

Kleinwangen. Zur großen Armee abgerufen wurde hier der Altveteran von 1866 und 1870/71, der Privatmann Wilhelm König-Kleinwangen. Anläßlich seiner Beerdigung erwiesen der Kriegerverein von Groß- und Kleinwangen, sowie der Krieger- und Landwehrverein von Radisleben dem Entschlafenen die letzte Ehre.

Roßleben. [Feueralarm]. Gestern Abend zwischen 8 und 9 Uhr wurde durch die Hornisten unserer Freiw. Feuerwehr Feueralarm im Orte geblasen. Da es erst in der vorigen Woche nachts gebrannt hatte, diesmal auch die Einwohnerschaft noch nicht zu Bett war, zeigten sich die zuvor menschenleeren Straßen bald belebt, vor allem waren es die Mannschaften der Freiw. Feuerwehr, die in Eilschritten zur Sammelstelle, dem Spritzenhause, zuschritten. Die Alarmierung der Wehr kam durchaus unverhofft, denn sie erfolgte auf Kommando des Kreisfeuerwehrhauptmanns Richter-Freyburg, der mit einigen Herren vom Landratsamt zwecks einer Inspizierung kurz vorher hierher gekommen war, aber wie wohl nicht anders erwartet werden konnte, unsere Wehr stand wenige Minuten nach dem Alarmsignal abmarschbereit vor ihren Geräten. Das Kommando: „Ab nach der Klosterschule" wurde gegeben und im Sturmlauf ging's unter dem Schein der Fackeln in die Nacht hinaus. Die vom Kreisbrandmeister Richter-Freyburg dem Kommando der hiesigen Wehr gestellte Aufgabe lautete: Im Kellergeschoß der Klosterschule ist eine Kesselexplosion entstanden, welche einen größeren Brand verursacht. Dadurch ist die Treppe mit in Brand geraten, das Treppenhaus stark verqualmt und den im oberen Stockwerk sich aufhaltenden Schülern ist der Ausgang abgeschnitten. Da Roßleben allein nicht imstande ist, den Brand zu lokalisieren, müssen Nachbarwehren eingesetzt werden. Zwei Schüler haben Brandwunden im Gesicht erhalten, ein Feuerwehrmann hat Rauchvergiftung, ein anderer durch herabstürzende Balken einen Oberschenkelbruch erlitten.

Das Kommando der Wehr erfaßte sogleich die Situation. Im Kloster waren kurz vor Eintreffen derselben durch Rauchbomben die ganzen unteren Räume mit Rauchdämpfen angefüllt. Mit fabelhafter Geschwindigkeit wurden die Schlauchleitungen an die Hydranten der Wasserleitung gelegt, die Rettungsleiter zeigte sich wiederum als zuverlässig, denn sie reicht bis aus obere Stockwerk zwecks Rettung der sich nach oben geflüchteten Bewohner. Auch das weitere Zusammenarbeiten der Freiw. Feuerwehr mit der Freiw. Sanitätskolonne war ausgezeichnet, denn auch die Mannschaften der letzteren waren zugleich auf dem Brandplatz und konnten sich der Verletzten annehmen. Nach etwa 50 Minuten tatkräftigen Wirkens trafen auch die zu gleicher Zeit alarmierten Freiw. Feuerwehren von Bottendorf (etwa 30 Mann, 2 Geschirre) und Schönewerda (etwa 20 Mann, 1 Geschirr) ein. Diese griffen sogleich in den Kampf mit ein, indem die Schlauchleitung der Bottendorfer Wehr an den bereits freigelegten Hydranten vor Portiners Grundstück angeschraubt und durch den Gutshof nach der Brandstelle geführt wurde. Die Schönewerdaer Wehr rückte weiter nach dem Schulplatz, um hier eingesetzt zu werden. Die Anordnungen des Kommandos ergaben, daß die Wehr im Ernstfalle die ihr gestellte Aufgabe voll und ganz gelöst hätte, die Uebung wurde daraufhin abgebrochen, die Schläuche wieder eingerollt und der Abmarsch in bester Ordnung durchgeführt. Bei einer im Hotel „Weintraube" gehaltenen Besprechung zwischen dem Kreisfeuerwehrhauptmann, den weiteren Sachverständigen und den Kommandos der beteiligten Wehren wurden die einzelnen Handlungen der Uebung durchgesprochen und es ergab das Endresultat, daß alles aufs beste geklappt hat. Die beiden auswärtigen Wehren traten nach dieser Feststellung den Heimmarsch an. Ihnen sei für ihr Kommen herzlichst gedankt.

— Wiederbesetzung der Pfarrstelle in Bottendorf. Dem Vernehmen nach dürfte die Wiederbesetzung der Pfarrstelle Bottendorf in Bälde zu erwarten sein. Bekanntlich erfolgt sie dieses Mal durch Wahl der kirchlichen Körperschaften.

Querfurt. In der Nähe von Querfurt wurde eine silberne Münze aus der Zeit von 244 bis 249 nach Christi gefunden. Die Münze trägt auf der Vorderseite das Kopfbild des römischen Kaisers Julius Phillipus Augustus. Der Fund wurde dem Kreismuseum zugeführt.

Mücheln. Die Stadt Mücheln verlangte gegen die Zustimmung der betr. Gemeinden die Eingemeindung der selbstständigen Ortschaften St. Michelu- St. Ulrich und Stöbnitz. Die Angelegenheit wurde von der Stadt Mücheln bis in die höchste Instanz, zum Minister des Innern, verfolgt und dieser hat jetzt entschieden, daß dem Antrag der Stadt Mücheln nicht näher getreten werden könne. Die beteiligten Verwaltungskörper sind von dieser Entscheidung verständigt worden. Die selbständigbleibenwollenden Ortschaften sind nunmehr von einem bellemmenden Alpdruck befreit.

Merseburg. Das Amtsgericht hat jetzt durch Bekanntmachung 13 Jahre nach dem mutmaßlichen Ableben einen Sohn der Stadt für tot erklärt. Es handelt sich um den ehemaligen Musketier der neunten Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 72, Paul Dathe, geb. am 26. Oktober 1899 in Merseburg, der seit dem Gefecht bei Forest, nordöstlich von Le Cateau am 23. Oktober 1918 vermißt wird. Als Zeitpunkt des Todes wird der 10. Januar 1920, 24 Uhr, bestimmt.

Halle. Der Gläubigerausschuß der Firma Kühn, Fabrik für Kraftfahrzeuge, Halle, teilt mit, daß alle seine Bemühungen, die Kühnschen Betriebe fortzuführen, bzw. sie bestmöglichst zu liquidieren, bedauerlicherweise gescheitert sind. Es war nicht möglich, den Verzicht des größten Gläubigers auf seine Ausfallforderung zu erreichen. Überdies stellt das Gericht Forderungen, die man als nicht erfüllbar erachtet. Über das Vermögen der Fabrik ist nunmehr der Konkurs eröffnet worden.

Halle. Der Dekan der theologischen Fakultät an der Universität Halle, Professor D. Heinzelmann übermittelt der Presse eine längere Stellungnahme Professor D. Dehns zu den gegen ihn erhobenen Angriffen. Professor Heinzelmann erklärt dazu, daß der Kampf um Professor Dehn auch nach der Erklärung von Rektor und Senat vielfach in einer Weise fortgeführt worden sei, welche die Gerechtigkeit und Tiefe vermissen lasse, wie sie bei geistigen Auseinandersetzungen im akademischen Leben selbstverständliche Pflicht sei.

Professor Dehn betont zunächst, daß sein bekannter Magdeburger Vortrag als innerhalb der Kirche zu christlich denkenden Menschen gesprochen zu werten sei.

Seine einzige Zugehörigkeit zur SPD. habe niemals ein Bekenntnis zum Marxismus für ihn bedeutet, da das marxistische Denken auch die geistige Existenz des Menschen vom Wirtschaftlichen her zu begreifen versuche, womit notwendigerweise jede Religion zur Illusion gemacht werden müsse. Was ihn gehindert habe, den Krieg kritiklos zu bejahren, ist, daß es dem Christen auf jeden Fall verboten sei, den Krieg rein als Krieg zu verherrlichen. Die restlose Verneinung des Krieges, wie es der Pazifist tue, gehe nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311031-10/fragment/page=0002

an. Wenn Deutschland einmal in berechtigter Notwehr um seine Freiheit kämpfe, so werde er niemals das Recht eines solchen Krieges bestreiten. Professor Dehn wendet sich schließlich gegen die Vorwürfe, er habe verletzende Äußerungen über die Gefallenen und das Problem der Kriegsschuldfrage getan und bezeichnet sie als unwahr.

Professor Heinzelmann bemerkt zu diesen Äußerungen noch, daß die bisherigen Angriffe gegen D. Dehn von einer falschen Ebene aus erfolgt seien. D. Dehn müsse als Theologe vom Evangelium aus und nicht von ihm fremden politischen Gegensätzen (Marxismus-Antimarxismus) beurteilt werden. Das Prinzip, von dem er ausgehe, sei ein echtes Prinzip der Reformation, das gerade die Universität Halle-Wittenberg zu achten habe.

Semesterbeginn in Halle am 2. November.

Halle. Von der Verwaltung der Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg wird uns mitgeteilt, daß die Vorlesungen des Wintersemesters am 2. November wie vorgesehen programmäßig beginnen.

Es waren verschiedentlich Gerüchte im Umlauf, die sogar von einer Schließung der Universität im Zusammenhang mit dem Fall Professor Dehn wissen wollten.

Weimar. Am Dienstag verabschiedete der Landtag von Thüringen nach dreitägiger Debatte eine Vorlage der Regierung über Uebernahme einer Ausfallbürgschaft für Lieferungsgeschäfte thüringischer Firmen mit der Union der Sowjetrepubliken in Höhe von etwa zwei Millionen RM. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen mit den Stimmen aller übrigen Parteien angenommen.

Gera. Am Dienstagnachmittag sprach hier der zweite Bundesführer des Stahlhelm Duesterberg vor Vertretern der ostthüringischen Wirtschaft, wobei er die Grundgedanken des Programms der Stahlhelmorganisation entwickelte. Die Hauptpunkte, die der Stahlhelm anstrebt, sind: die Stärkung der Landwirtschaft und Stützung des Binnenmarktes, ferner Einführung der Arbeitsdienstpflicht und die Wiedergewinnung der Wehrhoheit. Die Lösung der sozialen Frage, insbesondere das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedenkt der Stahlhelm auf dem Wege der Kameradschaft in werkgemeinschaftlichen Abmachungen, die den besonderen Verhältnissen des Betriebes Rechnung tragen, zu erreichen. Weiter verwahrte sich Duesterberg gegen die von gegnerischer Seite ausgestreute Verdächtigung, der Stahlhelm strebe eine Inflation an. Keinesfalls — so sagte er — könne das deutsche Volk einen nochmaligen Zusammenbruch unserer Währung ertragen, dagegen aber sei die Gründung eines Wirtschaftsrats anzustreben.

Bitterfeld. Die Frau eines hiesigen Geschäftsmannes hatte gegen ihren Ehemann Anzeige erstattet, weil er einen ihrer Briefe geöffnet hatte. Der Mann wurde kostenpflichtig zu 10 Mark Strafe verurteilt. Der Richter führte in der Urteilsbegründung aus, daß das Briefgeheimnis auch in der Ehe Gültigkeit habe und ein Ehegatte nicht berechtigt sei, die Briefe des anderen zu öffnen, wenn keine entsprechende Abmachung getroffen ist.

Steutz bei Zerbst. Zwei Knaben, die mit Streichhölzern spielten, setzten eine Scheune des Müllermeisters Otto Harstrick in Brand. Das Feuer vernichtete die Scheune und einen Stall, nur mit Mühe konnte der größte Teil des Viehs gerettet werden. Ein Kalb und zwei Schweine sind jedoch verbrannt, während mehrere Schweine bereits betäubt waren. Weiter wurde ein Teil der Erntevorräte und Maschinen vernichtet. Die Motorspritze erschien noch mit Blumen behränzt an der Brandstelle, da sie am Tage vorher ihre 100. Fahrt gemacht hatte.

Magdeburg. Im Auftrage seines Arbeitgebers sollte am Dienstag ein 19jähriger Kontorbote einen Postscheck von etwa 1000 Mark einzahlen. Er ist aber nicht zur Post gegangen, sondern mit dem Geld geflüchtet.

Stiege am Harz. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde beschlossen, alle noch vorhandenen Außenstände einzuziehen und der Kreisdirektion davon Kenntnis zu geben, daß die Gemeinde sich gezwungen sehe, ihre Zahlungen ab 1. Dezember einzustellen.

Stiege. Der Winter hat hier mit aller Macht seinen Einzug gehalten. Es wurden bereits 7 Grad Kälte gemessen, so daß die Teiche zugefroren sind. Die Feldarbeiten haben infolge des Frostes unterbrochen werden müssen.

Worbis. Auf dem Grundstück des Kohlenhändlers Strecker brach kurz nach Mitternacht Feuer aus, dem die Scheune und Stallungen zum Opfer fielen. Das Wohnhaus wurde erheblich beschädigt. Zwei Familien befanden sich in großer Gefahr, konnten aber doch noch gerettet werden. Mitverbrannt sind Stroh- und Kohlenvorräte, ein Wagen sowie 50 Hühner. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht bekannt.

Wintzingerode (Kr. Worbis). Morgens brach auf dem Grundstück des Landwirts Gothe Feuer aus, durch das die mit Erntevorräten gefüllte Scheune sowie die Hintergebäude eingeäschert wurden. Mitverbrannt sind auch landwirtschaftliche Maschinen und Kleinvieh. Ein benachbarter Holzschuppen fiel gleichfalls den Flammen zum Opfer. Der entstandene Schaden ist sehr beträchtlich.

Salzwedel. Um den vielen Bränden auf landwirtschaftlichen Besitzungen in der Altmark entgegen zu treten, hat man eine eingehende Untersuchung in die Wege geleitet, da man vermutet, daß es sich bei der Mehrzahl dieser Brände um Brandstiftungen handelt. Beamte der Magdeburger Kriminalpolizei sind zur Zeit in Jeebel damit beschäftigt, die Brände bei den Landwirten Schmidt und Gromeyer aufzuklären. Die Jeebeler Einwohnerschaft hat jetzt einen nächtlichen Postendienst eingerichtet.

„Nationale Mittelstandspartei" gegründet.

Prominente Vertreter aus allen Wirtschaftsgruppen des nationaler Grundlage vertritt. Die Partei führt den Namen „Nationale Mittelstandspartei". Ihre Richtlinien werden demnächst der Öffentlichkeit übergeben.

Mittelstandes aus dem ganzen Reich versammelten sich in Leipzig. Den Anlaß hierzu gab die Haltung der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei, im Reichstag gegenüber der Regierung Brüning. Ihre Haltung wurde allgemein gemißbilligt und einstimmig beschlossen, **eine neue Partei zu gründen**, die die Interessen der deutschen Mittelstandes auf

Die Industriespionage JG. Farben

Vier Kommunistenführer in Haft.

Auf Grund vertraulicher Mitteilungen war bekannt geworden, daß Anfang dieses Jahres in Bitterfeld eine geheime Sitzung stattgefunden hatte, in der von kommunistischer bzw. RGO.-Seite („Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition") von Angehörigen der JG. Farbenwerke in Bitterfeld Auskünfte über die in den einzelnen Werken hergestellten Fabrikationserzeugnisse verlangt wurden. Der Verdacht liegt nahe, daß diese Auskünfte im Interesse einer ausländischen Macht erteilen worden sind. In Verfolg der Ermittlungen sind (wie bereits gemeldet) vier Personen festgenommen worden und zwar der Elektriker Thiele, kommunistischer Kreistagsabgeordneter des Kreises Bitterfeld, der Tischler Fieger, kommunistischer Stadtverordneter in Bitterfeld, der Maurer Müller, kommunistischer Gemeindevertreter in Greppin bei Bitterfeld und der Arbeiter Gruner, Mitglied der RGO. Thiele ist zur Zeit Vorsitzender des Arbeiterrates der JG. und Betriebsratsmitglied, Zieger und Gruner haben dem Arbeiterrat bis zum Jahre 1930 bzw. 1929 angehört, letzterer als Vorsitzender.

Außerdem scheinen noch zwei bereits wegen Hochverrats in Leipzig sitzende Angehörige der KPD. in die Angelegenheit verwickelt zu sein.

Die Ermittlungen werden fortgesetzt.

Neues aus aller Welt.

Fensterscheibe eines Vorortzuges eingeworfen. Der Vorortzug 1208 wurde zwischen dem Bahnhof Berlin-Lankwitz und Lichterfelde-Ost von unbekannten Tätern wahrscheinlich mit Steinen beworfen. Dabei wurde eine Abteilscheibe zertrümmert, jedoch von den Fahrgästen niemand verletzt. Trotz Absuchens des Geländes konnte der Täter nicht ermittelt werden.

Eine Greisin durch Gas vergiftet. In Berlin-Steglitz wurde die 83 Jahre alte Witwe Christine Behrendt in ihrer Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Die etwas geistesschwache alte Frau hat anscheinend nicht bemerkt, daß beim Kaffeekochen durch das Ueberkochen des Wassers die Gasflamme gelöscht wurde und das Gas so frei in die Wohnung strömen konnte.

Vierfacher Mord und Selbstmord. In Finsterwalde hat der 40 Jahre alte Kassierer der Ortskrankenkasse Richard Kneifel seine Ehefrau und seine drei Kinder erschossen. Man nimmt an, daß er seiner Familie vorher ein Schlafmittel beigebracht hat. Nach der Tat hat sich Kneifel selbst erschossen. Der Grund zur Tat ist bisher noch unbekannt.

Mord aus Rache? Der Landwirt Sülzer wurde von noch unbekannter Hand, anscheinend durch Stockschläge auf den Kopf, auf dem Heimwege nach seinem Heimatdorf bei Gummersbach lebensgefährlich verletzt. Schulkinder fanden am anderen Morgen den Schwerverletzten, der einen Schädelbruch davongetragen hat, bewußtlos auf. Man brachte ihn in seine Wohnung, wo er seinen Verletzungen erlegen ist. Da bei dem Toten die Uhr und das Geld noch vorgefunden wurden, nimmt man einen Racheakt an. Er hinterläßt Frau und Kinder.

Schweres Autounglück. Auf der Straße Troppau—Komorau stieß bei dichtem Nebel ein Automobil aus Troppau mit einem Personenzug zusammen. Die fünf Insassen des Kraftwagens wurden sämtlich schwer verletzt. Vier von ihnen sind im Krankenhaus gestorben. Auch der fünfte dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Zugzusammenstoß bei Leipzig. Auf dem Bahnhof Zwenkau fuhr ein aus Leipzig kommender Personenzug auf ein falsches Gleis und stieß auf eine Wagengruppe auf. Bei dem Zusammenstoß wurden 24 Personen leicht verletzt. Der Sachschaden ist gering. Der Betrieb wurde durch den Unfall nicht gestört. Die Ursache des Unfalles ist bisher noch nicht geklärt.

Berufung in den Falk-Prozessen. Falk und Noblot haben in dem Zucker-Sachlieferungsprozeß Falk, in dem Hammel-Sachlieferungsprozeß Falk hat die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf Berufung eingelegt.

Bote der Bayerischen Staatsbank beraubt. Um 5000 Mark wurde ein Bote der Bayerischen Staatsbank in Nürnberg, der eine größere Summe zur Reichsbank zu bringen hatte, bestohlen. Während er am Schalter das Geld auflegte, machte ihn ein neben ihm stehender Mann darauf aufmerksam, daß er einen Zwanzigmarkschein habe fallen lassen. Als der Bote sich nach dem Geldschein bückte um ihn aufzuheben, ergriff der Mann über dem Boten hinweg ein Päckchen Banknoten im Werte von 5000 Mark und verschwand.

Raubüberfall in der Warschauer Judenstadt. Ein Goldschmied, der mit seinen wertvollen Juwelen aus seinem Geschäft nach Hause ging, wurde in der Judenstadt von Warschau von zwei Banditen überfallen. Sie versetzten ihm einige Schläge mit einem Revolverschaft und beraubten ihn der Wertsachen und seiner Brieftasche. Alsdann entfloh sie. Bei der Verfolgung der Räuber durch alarmierte Polizeibeamte entwickelte sich eine Schießerei, bei der insgesamt fünf Personen, nämlich ein Polizist, der eine der Banditen und drei Passanten, verletzt worden sind. Der Räuber der die Beute an sich nahm, konnte entfliehen.

Der Weltspartag!

Mitgeteilt durch die Stadtsparkasse Nebra.

Schon wieder ist ein Jahr dahin. Man kann wohl sagen, das schwerste für das deutsche Volk seit der Stabilisierung der Mark. Die Erschütterungen wirtschaftlicher Art, die das deutsche Volk im Jahre 1930/31 durchgemacht hat, sind in der ganzen Weltgeschichte nirgends zu verzeichnen. Die deutsche Krise wurde zur Weltkrise. So kam der 13. Juli, der schwarze Tag für die Sparkassen, Banken und Genossenschaften. Durch die Zurückziehung der Auslandsgelder setzte der Sturm auf die deutschen Geldinstitute ein. Mit einem Schlage verloren weite Kreise des deutschen Volkes das Vertrauen zu sich selbst und ihrer Währung. Um nun von vornherein weiteren solchen Vorgängen die Spitze zu bieten, ist es bitter notwendig, die Kapitalbildung im eigenen Lande so zu fördern, daß wir unabhängig vom Ausland werden und von solchen Gefahren in Zukunft verschont bleiben. Auch am diesmaligem Weltspartag treten die Sparkassen aller Länder an die Oeffentlichkeit mit dem Motto: „Die ganze Welt spart, spare auch Du!". Durch Hamstern von Geld kommt der Kreislauf des Geldes ins Stocken und nimmt für das gesamte Wirtschaftsleben immer schwerwiegendere Formen an. Die Folge ist Stillegung der Betriebe, Entlassungen und Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Gerade die Sparkassen sind diejenigen Institute, die unbedingte Gewähr für die Sicherheit der Spareinlagen bieten, die hereingegebenen Gelder sicher in erststellige Hypotheken anlegen und den Mittelstand mit Personalkredit versorgen. Es liegt also kein Grund vor, das Geld zu hamstern. Bring Dein Geld zur Sparkasse und Du erweist dadurch Dir und dem ganzen deutschen Volke einen großen Dienst.

Wochenendwetterbericht.

Mitgeteilt von der Landes-Wetterwarte Weimar.

Das Tiefdruckgebiet über dem Mittelmeer, das den Zustrom kühler Luftmassen aus Nordwesten bewirkte, füllt sich aus. Zur Zeit beherrscht ein Tiefdruckgebiet über der Ostsee unser Wetter. Es werden daher zunächst noch einzelne Regenschauer bei ziemlich kühlen Nordwestwinden auftreten. Gegen Wochenende wird wohl das Azorenhoch, das wieder erneut das Bestreben zeigt, nach Osten vorzustoßen, unser Wetter wieder beständiger gestalten, so daß die Temperaturschwankungen zwischen Tag und Nacht bei überwiegend heiterem Himmel wieder größer werden.

Termine in Strafsachen am 29. Oktober 1931.

Vors. Amtsgerichtsrat Weischeider, Vertr. der Staatsanwaltschaft Justizobersekretär Thiele, Protokollführer Referendar Caesar, sämtlich in Nebra a. U.

1) Ueber einen Strafbefehl in Höhe von 10 RM. hatte der Bergmann Werner Hartmann in Memleben gerichtliche Entscheidung beantragt. Er soll sich der Uebertretung nach §§ 1, 24, 33 der Straßenverkehrsordnung vom 5.3.1929 schuldig gemacht haben. Hartmann ist vom Georg-Schacht herunter nach der Großwangener Straße auf der linken Seite gefahren und mit seinem Rade auf ein herbeikommendes Auto aufgefahren, wobei er verletzt und das Auto beschädigt wurde. Es blieb heute bei der festgesetzten Strafe von 10 RM. oder 2 Tagen Gefängnis.

2) Ueber einen Strafbefehl in Höhe von 2 Wochen Gefängnis hatte der Zimmergeselle Oskar Tröbs aus Nebra gerichtliche Entscheidung beantragt. Er wird beschuldigt, am 4. August d. Js. abends 10.30 Uhr auf der Unstrutbrücke den Glasergehilfen Kurt Webel gemeinschaftlich körperlich mißhandelt zu haben. Tröbs wurde heute seiner Tat einwandfrei überführt und zu 4 Wochen Gefängnis sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

3) Ueber einen Strafbefehl in Höhe von 3 Monaten Gefängnis hatte der Kellner Franz Röth aus Nebra, z. Zt. im Gerichtsgefängnis in Naumburg, gerichtliche Entscheidung beantragt. Er wird beschuldigt, am 29. Juni d. Js. in Witzenburg-Pretitz zu einem Radfahrervergnügen dem Gespannführer Helmuth in Reinsdorf ein Fahrrad gestohlen zu haben. Röth gibt zu seiner Verteidigung heute an, von einem Unbekannten auf der Zingster Straße für 40 RM. das Fahrrad gekauft zu haben. Ein paar Tage später hat Röth das Rad in Weißenfels an den Müller Arthur Bullert für 30 RM. weiterverkauft. Dieser hegte jedoch Mißtrauen und meldete den Kauf des Fahrrades der Kriminalpolizei. Dadurch ist der Diebstahl bekanntgeworden. In Anbetracht des Leugnens und der Vorstrafen des Angeklagten wurde die Strafe heute durch Urteil auf 6 Monate Gefängnis erhöht.

4) Angeklagt wegen körperlicher Mißhandlung waren der Arbeiter Karl Lange und Fleischer Otto Müller, beide aus Nebra a. U. Sie werden beschuldigt, das Frl. Charlotte Schneider aus Diemitz bei Halle und deren Verlobten, den Buchhandlungsgehilfen Wilhelm Liebetrut in Kleinwangen am 13. September d. Js. vor dem Hotel „Zur Burg" mißhandelt zu haben. Der Angeklagte Müller gibt die Tat zu und hatte sich bereits an demselben Abend bei den Verletzten entschuldigt. Lange bestreitet seine Schuld. Sie wurden heute verurteilt, und zwar Lange zu 2 Wochen Gefängnis, Müller zu einer Geldstrafe von 35 RM. (anstatt einer verwirkten Gefängnisstrafe von 1 Woche) und zur Tragung der Kosten des Verfahrens.

5) Ueber eine Strafverfügung des Amtsvorstehers in Großwangen hatte der Landwirt Waldemar Böttcher in Großwangen gerichtliche Entscheidung beantragt. Er wird beschuldigt, sich der Uebertretung des § 368, Ziff. 3 und 8 des Str. G. B. schuldig gemacht zu haben. Böttcher wurde heute auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

6) Zur Verhandlung der Privatklage der Ehefrau Ida Dietrich geb. Otto in Altenroda gegen ihren Ehemann, den Landarbeiter Otto Dietrich, z. Zt. in Eisleben, wegen Körperverletzung, ist der Angeklagte heute nicht erschienen. Die Klägerin nahm hierauf den Klageantrag zurück.

Spiel und Sport

Nebraer Sportvereinigung 1924.

Für kommenden Sonntag ist lediglich unsere 3. Mannschaft für ein Punktspiel gegen S.C. Eintracht Roßleben A.H. verpflichtet. Das Spiel findet um 14 Uhr auf unserem Platze statt. Unsere 3. wird wohl allerhand daran setzen müssen, wenn sie das Spiel und damit zwei weitere wertvolle Punkte retten will. Die „alten Herren" des S.C. Eintracht spielen trotz ihres hohen Alters immer noch eine ganz gute Rolle, was ihr kürzlicher 2:1-Sieg über 1. F.C. Freyburg 2. in Freyburg beweist. Hoffen wir auf einen schönen Kampf. Alle anderen Mannschaften bleiben spielfrei.

Vorschau: Sonntag, den 8. November, N.S.V. 24 1. — V.S.C. Sangerhausen Reserve in Nebra.

Der Leitartikel des neuen **Miragheftes** — betitelt: **Gustav Schaffer als Künstler und Mensch von Werner Rob. Kuhn** — bringt einen Auszug aus dem Leben und Schaffen dieses bekannten Malers, der am 14. November seinen 50. Geburtstag feiert. Außerdem enthält dieses Heft weitere reich illustrierte Aufsätze wie „Lebendige Vergangenheit", „Das Wahrzeichen Merseburgs", „Aus Wissen und Leben" und „Die Mirag sendet Hörspiel". Im „Querschnitt der Woche" werden wiederum hervorragende Darbietungen der Woche ausführlich behandelt. Die „Bastelwelt" und der „Jugend-Funk" vervollständigen das reich illustrierte Heft, das zum Preise von 30 Pfg. in der hiesigen Buchhandlung erhältlich ist.

Kirchliche Nachrichten

Reformationsfest, den 1. November 1931.

Sonntagsspruch: „Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden." (Matth. 5, 6).

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt über Psalm 119, V. 130) Lieder: 148 (90), 178 (435), 144 (100).

Kollekte für den Gustav-Adolf-Verein.

½**12** Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abtlg. im Gemeindesaal.
2 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.

Mittwoch, 4. 11., abds. 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal. (Johs. 12, V. 37 ff.)

Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Getauft wurde am 25. Oktober Ilona Maritta Luise Kaulwell.

Beerdigt wurden am 26. Oktober die Witwe Selma Rudolph, geb. Siegmund, im Alter von 67 Jahren und am 29. Oktober das Kind Anneliese Pfeifer, im Alter von 1 Jahr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311031-10/fragment/page=0003

Garten-Verpachtung.

Der zum Rittergut Nebra gehörige sogenannte **Ziegelgarten vor dem Obertor** soll auf 6 Jahre verpachtet werden. Interessenten bitten wir, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

von Helldorff'sches Rentamt Nebra.

‚Schweizerhaus' Vitzenburg

Nach Fertigstellung der Innenausstattung meines neuen Saales lade ich zu

Sonntag, den 1. November 1931 zur

SAALWEIHE

freundlichst ein. Nachmittags 3 Uhr

Konzert der gesamten Stadtkapelle Nebra.

Anschließend: **Dielenbetrieb** — Abends 8 Uhr: **BALL**

Speisen und Getränke in bekannter Güte

Um gütigen Zuspruch bittet **Otto Wirthmann.**

Schweine-Versicherungs-Verein Nebra/Unstr.

Die Versammlung

findet nicht am 31. Oktober, sondern **Sonnabend, d. 7. Nov.,** abends 8½ Uhr im „Ratskeller" statt. — Gäste sind willkommen.

Gut erhaltener

weißer Herd

zu verkaufen.

Zu erfragen bei Frau Meitz.

Drucksachen

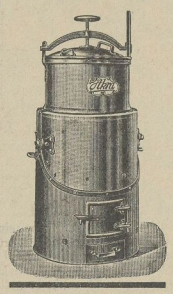
für Handel, Gewerbe und Industrie fertigt an

Buchdruckerei W. Sauer

Wissen Sie es schon

daß Sie mit dem

Akra-Dämpfer



Ihre Viehzucht ertragreicher gestalten können?

Gedämpftes Futter enthält mehr Nährwerte als rohes oder gekochtes Futter und ist bekömmlicher!

Mit 5 Briketts können Sie in ca. ¾ Std. 1 Ztr. Kartoffeln dämpfen.

● Akra-Dämpfer sind führend! ●

Unverwüstliche Chamotteausmauerung

Kyffhäuserhütte Artern 6

Fernsprech-Anschluß: Artern Nr. 201

Inserieren bringt Gewinn

Zum Weltspartag 1931

spare bei Deiner mündelsicheren Sparkasse, sie bietet Dir gute Sicherheit und Verzinsung

Stadt-Sparkasse Nebra

Den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, haben wir **alle Preise für**

chem. reinigen

und

färben

stark herabgesetzt, zum Teil bis

20%

Vereinigte Färbereien u. Wäschereien

Halle

Annahme in Nebra bei

Friedrich Grob,

Schneidermeister, Reinsdorfer Straße 4

Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof"

Sonntag, den 1. November, abends 8 Uhr

Die große Première!

2 Mal Felix Bressart

Der größte Lustspielschlager der Saison im Tonfilm, von Millionen Menschen auf der Leinewand erwartet:

Ob Infanterist, ob als Husar, er blieb doch immer, was er war ....

Der Schrecken der Garnison

6 Akte! **Als zweiten Schlager** 6 Akte!

Der große Expeditionsfilm von Günther Plüschow:

Silberkondor über Feuerland

Der Flieger von Tsingtau erschließt im Flugzeug unerforschte Welten

---

Der Nebraer Anzeiger vertritt die Stimme der Heimat. Anzeigen, die zeitgemäß billigst berechnet werden, sind in ihm von bestem Erfolg.

Modenschau

Lyon's illustrierte Zeitschrift für Heim und Gesellschaft

Erscheint monatlich in eleganter, mehrfarbiger Ausstattung im Umfange von 64 Seiten
34 Seiten Mode
30 Seiten Unterhaltung.
Über 120 neue Modelle in jedem Heft

Preis 70 Pfennig

Unentbehrlich für Schneiderei

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Geleitworte zum Weltspartag!

Das Wohlergehen einer Nation ist mit dem gesunden Sparsinn der Bevölkerung eng verknüpft.

Landwirtschaft, Industrie und Handel gedeihen nur auf dem Boden eines störungsfreien Kreislaufes des Geldes.

Die Geldinstitute sind die natürlichen Vermittler des Kapitals und somit die Förderer der Wirtschaft und der Arbeit.

Diesem Zweck dient seit Jahrzehnten unser Institut.

Bankverein Artern Spröngerts, Büchner & Co.

Kommanditgesellschaft auf Aktien

---

10. Kreisverbands-Ausstellung

Naumburg-Eckartsberga und Umgegend, verbunden mit

Allgemeiner Kaninchen- und Geflügelschau in Nebra

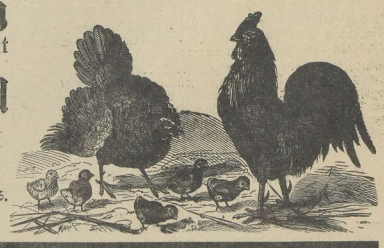
am 12. und 13. Dezember 1931, im Schützenhaus.

Anmeldeschluß: 20. November.

Preisrichter für Kaninchen: Franz Speth, Erfurt und K. Torgau, Ammendorf.

Preisrichter für Geflügel: Alfred Stiebitz, Ammendorf und R. Rudolph, Halle/S.

Anmeldepapiere kostenlos durch Ernst Grabow, Nebra a. U., Feldstraße 18.



Staats- und Kammerpreise kommen zur Verteilung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311031-10/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 130 — Sonnabend, den 31. Oktober 1931. — 44. Jahrgang

Der Wirtschaftsbeirat tagt.

Ansprache des Reichspräsidenten.

Berlin, 30. Oktober.

Im Hause des Reichspräsidenten fand die erste Sitzung des vom Reichspräsidenten berufenen Wirtschaftsbeirats statt, zu der sich außer den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats der Reichskanzler und die Reichsminister, ferner der Reichsbankpräsident und der Generaldirektor der Reichsbahn eingefunden hatten. Reichspräsident von Hindenburg empfing die Erschienenen im Großen Saale des Präsidentenhauses und begrüßte sie mit einer Ansprache, in der er unter anderem sagte:

„Die schwere Krise der Weltwirtschaft und Deutschlands besondere wirtschaftliche Bedrängnis erfüllen alle Schichten unserer Bevölkerung mit banger Sorge. Sie rütteln an den Grundpfeilern des wechselseitigen Vertrauens und erschüttern die Zuversicht in die Erhaltung der Unterlagen unserer Volkswirtschaft.

Ich habe nach Vorschlägen der Reichsregierung aus führenden Persönlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens, aus den großen Wirtschaftsgruppen von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Kleingewerbe, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Wirtschaftsbeirat zusammenberufen und Sie, meine Herren, heute zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung zu mir geladen, um der Reichsregierung bei ihren Bemühungen um einen Weg zu helfen, auf dem die wirtschaftliche und soziale Not des deutschen Volkes zum Besseren gewendet werden kann.

Niemand von Ihnen wird verkennen, in welchem Maße die Lage Deutschlands durch weltpolitische und weltwirtschaftliche Umstände bestimmt wird. Hier liegen die schweren und großen Aufgaben der deutschen Außenpolitik.

Von Ihnen aber erwarte ich, daß Sie sich mit mir und mit der Reichsregierung von dem unbeugsamen Willen beseelen lassen, wie auch immer die Entwicklung der Welt sein mag, aus der eigenen Kraft Deutschlands heraus von unserem Volke abzuwenden, was eigenes Handeln nur irgend abzuwenden vermag.

Nur das Bewußtsein solcher Pflichterfüllung und äußerster Kraftanstrengung wird unser Volk befähigen, in innerer Verbundenheit und mit nationaler Würde das zu tragen, was sich an seinem Schicksal als unabwendbar erweist. Ich erhoffe als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wirtschaftlicher Sachverständiger und der Reichsregierung einen Ausgleich wirtschafts- und sozialpolitischer Gegensätze und eine Besserung der deutschen Wirtschaftsnot.

Wenn diese schwere Aufgabe gelöst werden soll, darf jeder von Ihnen sich nur der Gesamtheit des deutschen Volkes und dem eigenen Gewissen verantwortlich fühlen, muß sich jeder innerlich loslösen von Gedanken an Gruppeninteressen und an Einzelrücksichten.

Wenn das deutsche Volk durch die wirtschaftlichen und moralischen Wirrnisse und die Gefahren innerer Zersetzung hindurch zu besserer Zukunft gelangen soll, so ist hierfür Voraussetzung, daß die Führer der Wirtschaft zusammen mit der Reichsregierung einen klaren und zielsicheren Weg gehen.“

Der Reichspräsident eröffnete dann im Sitzungssaale die erste gemeinsame Sitzung des Wirtschaftsbeirats und der Reichsregierung und erteilte zunächst dem Reichskanzler Dr. Brüning das Wort. Der Reichskanzler legte in längeren Ausführungen die wirtschaftliche Lage und die zur Besserung der Wirtschaftsnot in Frage kommenden Möglichkeiten dar. Hieran schlossen sich ergänzende Darlegungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold und des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther an. Alsdann begann die allgemeine Aussprache.

Verständigung für die Notzeit.

Die Beratungen des Wirtschaftsbeirats.

Berlin, 30. Oktober.

Der Wirtschaftsbeirat setzt in den Vormittagsstunden des heutigen Freitags seine Beratungen unter dem Vorsitz [illegible] dieser Sitzung zu [illegible]r Aussprache trotz [illegible]hiedenen Berufs- [illegible] die Forderungen [illegible]er eindringlichste [illegible]ntwortungsgefühl [illegible]rken Eindruck ge- [illegible]g dauerte zwei [illegible]ht eine Fühlung

[illegible]s.

[illegible]ministeriums.

[illegible]n, 30. Oktober.

[illegible]chen Staatsmini- [illegible]vom Finanzmini- [illegible]es technisch mög- [illegible]ür 1932 schon im [illegible]ssen entgegen der [illegible] erst im Februar

[illegible]wird zum ersten [illegible]isterpräsident Dr. [illegible]et wird.

[illegible]ines neuen preu- [illegible]amen des sozial- [illegible] die Kombination [illegible]er die Finanzen [illegible]sministerium mit dem Handelsministerium unter Leitung Dr. Schreibers zu verschmelzen sei, werden an maßgebender Stelle als Vermutungen bezeichnet. Der Ministerpräsident sei sich über diese Angelegenheit noch nicht schlüssig geworden.

Die Wiederbetrauung Dr. Höpker-Aschoffs sei etwas erschwert worden durch die Hagener Rede des früheren Finanzministers, die eine gewisse Opposition im Zentrum gegen ihn ausgelöst habe, weil er sein Ministerium als das sauberste bezeichnet habe, das frei von Krippenwirtschaft geblieben sei.

Eine internationale Kreditanstalt.

Ein Vorschlag des Belgiers Francqui.

Paris, 30. Oktober.

Der belgische Finanzminister Francqui soll erklärt haben, daß er Befürchtungen wegen der Erneuerung der im Februar 1932 fälligen, in Deutschland eingefrorenen Kredite habe, und habe im Anschluß daran seine Pläne über Schaffung einer internationalen Kreditanstalt entsprechend der Internationalen Zahlungsbank, und zwar mit Unterstützung der Emissionsbanken von Europa, Amerika und Japan entwickelt.

Nur so könnten die in Deutschland und auch anderwärts eingefrorenen kurzfristigen Kredite in langfristige (3—5jährige) umgewandelt werden, und zwar auf dem Wege der Diskontierung.

Die neue Bank würde also die Aufgabe haben, die große internationale Kreditoperation zu zentralisieren und zu kontrollieren. Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ hierzu schreibt, hat Francqui mit seinen Vorschlägen in den zuständigen amerikanischen Kreisen und namentlich bei Präsident Hoover selbst günstige Aufnahme gefunden. Es sei aber eine vorherige Verständigung mit Paris vorgesehen. Francqui habe mit Laval für Anfang November in Paris eine Begegnung zur Ueberprüfung seines Vorschlages verabredet.

Die amerikanischen Regierungskreise erklären, daß eine Aeußerung zu Francquis Plan nicht erfolgen könne, solange nicht entschieden sei, wo die Kontrolle dieser Anstalt ausgeübt werden solle.

Dagegen wird die Dringlichkeit der Frage allgemein zugegeben, namentlich im Gegensatz zu der Reparationsfrage, für deren Erledigung noch acht Monate verblieben, während die Kreditfrage bis Februar erledigt werden müsse.

Erklärungen Lavals.

Vollständige deutsch-französische Annäherung.

Paris, 29. Oktober.

Ministerpräsident Laval hat an Bord der „Isle-de-France“ erklärt: Ich werde dem Parlament über alles Bericht erstatten.

Ich werde alsdann die Ansicht meiner Ministerkollegen über einen Plan zur Konzentrierung der Bemühungen zwecks vollständiger deutsch-französischer Annäherung einholen.

Die dringlichste Aufgabe ist, das Vertrauen wiederherzustellen, das selber nur auf einer wirtschaftlichen Entente beruhen kann. Ich habe Präsident Hoover und Senator Borah gesagt und glaube, sie überzeugt zu haben, daß Frankreich, wenn es sich selbst überlassen ist, die erwartete Annäherung durchführen kann.

Ministerpräsident Laval soll nach der gleichen Meldung auch Präsident Hoover und Senator Borah eingeladen haben, nach Frankreich zu kommen, doch seien diese nicht sicher, die Einladung annehmen zu können.

Erst Verständigung mit Frankreich.

Neuyork, 30. Oktober.

Thomas Lamont, der Mitinhaber der J. P. Morgan-Bank, äußert in einer Besprechung des Buches von Schacht: „Das Ende der Reparationen“ über die Reparationsfrage im einzelnen:

In diesen Tagen müssen wir Realisten sein und das Tatsächliche der Lage Deutschlands erfassen, ohne durch Versuche der Schuldzuschiebung beeinflußt zu werden.

Während der Krise, die Deutschland durchmacht, kann kein sogenannter Sachverständiger damit beginnen, Zahlen festzusetzen. Nur Deutsche und Franzosen allein können schließlich zu dieser Festsetzung gelangen. Sollten bei einer solchen ausführbaren Verständigung die führenden Nationen Europas weiterer amerikanischer Mitarbeit bedürfen, so sollen sie diese erhalten, vorausgesetzt, daß ihre Forderungen vernünftig sind.

Vor allem müßten Deutschland und Frankreich sich von ihren Zwangsvorstellungen befreien; und zwar Frankreich von seiner Kriegsfurcht und Deutschland von seiner Befürchtung, daß Frankreich seinen wirtschaftlichen Untergang wolle.

Offenbar sehe man dies auch in Deutschland ein und erstrebe eine Verständigung mit Frankreich. Aus den Aeußerungen jedoch, die nach Bekanntgabe des Hoover-Planes aus Deutschland kamen, habe man den Eindruck gewinnen können, daß in Deutschland die Auffassung herrsche, Hoover billige Deutschlands allgemeine und Finanzpolitik und tadele Frankreich.

Es wäre auf deutscher Seite der denkbar größte Fehler, derartige unrichtige Anschauungen zu hegen.

Lamont kritisiert dann scharf die allgemeine Hochschutzzollpolitik, wozu der Zolltarif der Vereinigten Staaten allerdings stark beigetragen habe. Das amerikanische Volk müsse einsehen, daß unter seinem Tarif keine Anleihepolitik großen Stils möglich sei, und daß es auf solche Weise niemals andere Nationen zwingen könne, amerikanische Waren zu kaufen.

„Frankreich wird verkannt!“

Paris, 30. Oktober.

Der sozialistische Abgeordnete Paul-Boncour führte in einer Rede aus, die Welt sei durch die Krisen erschüttert.

Eine ungeheure Anstrengung zum Aufbau, zur Solidarität und zum Vertrauen sei notwendig. Wolle Frankreich sich daran beteiligen? Weshalb verkenne man Frankreich, weshalb suche man es zu isolieren? Denn Frankreich werde tatsächlich verkannt, und zwar sogar in seinen Absichten.

Es werde verkannt, weil es die Sicherheit suche, nicht für sich allein, sondern für alle, weil es vom Fortschritt der Sicherheit die Herabsetzung der Rüstungen abhängig machen wolle; Frankreich hoffe auf eine Herabsetzung der Rüstungen, um die überlasteten Steuerzahler zu entlasten. Frankreich verstehe unter Frieden einen organisierten und sanktionierten Frieden.

Türkisch-russische Freundschaft.

Verlängerung des Vertrages.

Angora, 30. Oktober.

Zu Ehren des sowjetrussischen Volkskommissars des Aeußern Litwinow wurde vom türkischen Außenminister ein Essen gegeben, wobei zwischen beiden Ministern Trinksprüche gewechselt wurden.

Tewfik Ruschdi Bei

betonte, daß die Türkei und die Sowjetunion in ihrer auswärtigen Politik die gleichen, einzig und allein auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Ziele verfolgten. Der Besuch Litwinows gebe die glückliche Gelegenheit, den Freundschafts- und Neutralitätsvertrag vom 17. Dezember 1925 samt Anhängen zu verlängern.

Litwinow

wies in seiner Erwiderung gleichfalls auf die gemeinsame Arbeit beider Regierungen für den allgemeinen Frieden hin und erklärte, es bedeute eine außerordentliche Freude für ihn, die Verlängerung des bereits bestehenden Vertrages zu bestätigen.

Ausdehnung der japanischen Besatzung?

Neue Reibungen mit Rußland.

Tokio, 30. Oktober.

Infolge der zunehmenden Aktivität chinesischer Banden und Soldaten wird in der Presse eine weitere Erschwerung der Lage in der Mandschurei befürchtet.

Man spricht davon, daß die Entsendung japanischer Truppen möglicherweise bis Tschintschau, Teitshihar und Charbin entlang der Mukden—Peking-Bahn, der Ostchinesischen Bahn und der Tschentschiatun—Taonan—Tsitsihar-Bahnlinie nicht zu vermeiden sein wird, zumal für die letztgenannte Linie die Mukden-Behörden der Südmandschurischen Bahngesellschaft über 16 Millionen Yen schulden und chinesische Soldaten bereits angefangen haben, Schienen und Brücken zu zerstören.

Die Presse spricht die Hoffnung aus, Moskau werde in den Maßnahmen Japans nicht einen Verstoß gegen russische Interessen vermuten, sondern im Gegenteil alles tun, um die japanische Besorgnis wegen des von China offenbar angestrebten Zusammengehens mit Rußland gegen Japan als Ersatz für die Völkerbundshilfe zu beseitigen. Mit diesem neuen japanischen Aktionsprogramm steht offenbar auch der in Moskau unternommene japanische Schritt wegen russischer Truppenzusammenziehungen an der mandschurischen Grenze in Zusammenhang.

Kürzere Dienstzeit in Serbien.

Ein neues Militärgesetz.

Belgrad, 30. Oktober.

Ein neues Militärgesetz wurde in Serbien veröffentlicht, durch das die bisherigen Bestimmungen über die Dienstzeit abgeändert werden. Wer ein Examen an einer Hochschule, einem Gymnasium oder einer Spezialschule bestanden hat, braucht nur neun Monate zu dienen, wenn er vor Ablauf dieser Zeit die Reserveoffiziersprüfung bestanden hat. Besteht er die Prüfung nicht, so muß er wie die anderen Mannschaften vierzehn Monate dienen. Zöglinge eines Gymnasiums, die kein Abschlußexamen gemacht haben, brauchen ebenfalls nur nun Monate zu dienen, müssen aber vor Ablauf dieser Zeit eine Reserveunteroffiziersprüfung ablegen. Seminaristen und Priester dienen sechs Monate lang in den Sanitätsformationen.

Für die übrigen Mannschaften, ausgenommen diejenigen, die Ernährer ihrer Familie sind und deshalb ebenfalls nur neun Monate dienen, dauert die Dienstzeit vierzehn Monate statt wie bisher achtzehn Monate. Das neue Militärgesetz bringt ferner eine neue Skala für die Gehälter der Offiziere und Militärbeamten sowie abgeänderte Beförderungsbedingungen für beide Kategorien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311031-10/fragment/page=0005